

Grundschule Niederdielfen Klassenbildung 2014

Ungenießbare Geschichte

Zur Diskussion um die Grundschul-Klassenbildung in Niederdielfen:

Die Niederdielfener Grundschule könnte sich glücklich schätzen, denn 34 Kinder wurden für die erste Klasse im Sommer 2014 angemeldet. 34 Kinder, das bedeutet eigentlich, es werden zwei Klassen mit je 17 Schülern gebildet. Gute Voraussetzungen, um die künftige Generation fit für ihre eigene und unser aller Zukunft zu machen! Gut so, dürfte wohl jeder verantwortungsbewusste Bürger und Politiker denken, da ja erst im Jahre 2013 den betroffenen Kindern drei Grundschulen weggespart wurden. Denn aus sieben Wilnsdorfer Grundschulen hat die Bürgermeisterin Christa Schuppler mal eben vier gemacht.

Natürlich gegen den Elternwillen, gegen das Kindeswohl, gegen den Willen vieler Ratsmitglieder, fraktionsübergreifend und auch gegen die eigene Fraktion. Und das, obwohl alle sieben Grundschulen hätten finanziert werden können, ja hätten finanziert werden müssen zum Wohle der Kinder. Umso mehr überrascht es den interessierten Bürger, dass Volker Reichel, seines Zeichens zuständiger Schulamtsdirektor im Kreis Siegen-Wittgenstein und SPD-Fraktionsvorsitzender Olpe, am 11. Februar 2014 einer Informationsstunde die Bereitstellung eines Lehrers zur Unterbringung aller 34 Niederdielfener Kinder verweigerte.

Obwohl die Anzahl von 142 Niederdielfener Schülern (inklusive der Neuanmeldungen) eine Berechtigung auf sechs Lehrerstellen bedeutet, will er nur Geld für fünf Lehrerstellen in Niederdielfen bereitstellen. Die so eingesparte Lehrerstelle, dies erklärte Herr Reichel am 11.2.2014, möchte er stattdessen lieber am Fischbacherberg einsetzen, weil dort höherer Migrationshintergrund bei den Schülern vorliege. Würde er den Niederdielfener Kindern diesen notwendigen sechsten

Lehrer zur Verfügung stellen, könne er angeblich nicht mehr in den Spiegel gucken. Denn die Niederdielfener Kinder haben eben nicht genügend Migrationshintergrund!

Für fünf der Niederdielfener i-Männchen bedeutet diese diskriminierende Entscheidung, dass sie an ihrer wohnortnahen Schule abgewiesen werden, dass sie aus ihrem gewohnten Umfeld von Freunden und Kindergartengefährten gerissen werden und nun mit öffentlichen Verkehrsmitteln an weit entfernte Ortsteile zur Schule fahren müssen. Für die übrigen 29 Niederdielfener i-Männchen bedeutet die diskriminierende Entscheidung des Herrn Reichel, in eine überfüllte Klasse gepresst zu werden. Denkbare schlechte Startbedingungen für die ersten Schritte im neuen Leben eines sechsjährigen Kindes, wie jeder verantwortungsbewusste Bürger weiß.

Dass dabei unweigerlich Kinder auf der Strecke bleiben werden, scheint auch Herrn Reichel klar zu sein. Denn er sei bereit, so erklärte er, die Folgen des Missstandes einer überfüllten i-Männchen-Klasse mit einer halben Stelle für einen Nachhilfelehrer bekämpfen zu wollen. Ein besonderer Vorteil sei diese Vorgehensweise mit einem vorsorglichen Nachhilfelehrer, lobte sich Herr Reichel dann noch selbst. Denn zwei Klassen mit nur je 16 Schülern einzurichten sei seiner Ansicht nach höchst bedenklich, durfte der ungläubige Zuhörer vernehmen.

Auf die Frage, wie mit zukünftigen Klassenwiederholern umzugehen sein wird, blieb Herr Reichel die Antwort schuldig. Letztlich natürlich deshalb, weil es darauf auch keine befriedigende Antwort gibt. Denn da bei einer Klassenstärke von 29 Kindern kein weiteres Kind aufgenommen werden darf – auch dann nicht, wenn es sitzen geblieben ist – lautet die Wahrheit: Auch dieses Kind hat die Schule zu verlassen oder wird völlig überfordert mitgeschleift, um so ein Kandidat für Schulabgänger ohne Schulabschluss zu

werden. - Nicht genug also damit, dass überflüssigerweise drei Grundschulen geschlossen wurden und damit auf dem Rücken der Kinder schon viel zu viel gespart wurde. Nun weigert sich auch noch der zuständige Schulamtsdirektor, jeder Schule die Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen, die sie auf Grund der angemeldeten Schüler benötigt. Und er scheut sich nicht, öffentlich zu erklären, dass deutsche Kinder deshalb schlechtere Lernbedingungen erhalten sollen, weil sie eben keinen Migrationshintergrund haben!

Dass dabei auch noch offenbar wird, dass am zuständigen Schulamtsdirektor die Erkenntnisse einer verantwortungsbewussten Pädagogik vorbeigegangen sind, macht diese unappetitliche Geschichte wahrlich ungenießbar, wird sie doch auf dem Rücken unserer Kleinsten ausgetragen. Es geht hier um unsere Kinder, unsere Zukunft und unsere Steuermittel! Politiker und Schulamtsdirektoren, die sich weigern, ihre Aufgaben zum Wohle aller Kinder und Bürger zu erfüllen, sowie unsere Steuergelder zum Wohle aller Kinder – und damit auch der Kinder ohne Migrationshintergrund einzusetzen, haben weder auf einem Schulamtsdirektoren- noch auf einem Bürgermeistersessel etwas zu suchen.

Ursula Flender, Flammersbach, Schillerstraße 10

Quelle: Siegener Zeitung, 26.02.2014, Seite 4